

/// AKTUELL

DER GROßE BLUFF



Papier ist geduldig. Zahlen sind es auch. Vor allem dann, wenn sie im Grunde nur für leere Versprechen stehen. Damit wären wir bei dem von der Regierung angekündigten Bau von 10000 Wohnungen innerhalb der nächsten 10 Jahre. Klingt phantastisch. Geradezu genial. Ist allerdings, wie es die CSV-Abgeordneten Félix Eischen und Marc Lies am Donnerstag vor der Presse erklärten, letztlich schon wieder nur ein großer Bluff.

Wann genau und wie schnell die staatlich subventionierten Wohnungen gebaut werden sollen, haben weder

Ministerin Nagel noch Premier Bettel bislang gesagt. Aber vor allem bei der Finanzierungsfrage klaffen Anspruch und Wirklichkeit meilenweit auseinander. 600 Millionen Euro sollen bis 2015 investiert werden. Nun kostet eine Wohnung den Staat im Schnitt 200000 Euro. Fazit: Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln können maximal 3000 Wohnungen gebaut werden.

Und die angekündigten 10000? Nun, entweder Blau-Rot-Grün schafft die wundersame Wohnungsvermehrung, oder aber es wird einfach nur ein Drittel dessen verwirklicht, was angekündigt worden ist. Nicht wirklich neu. Aber leider findet in der Kommunikationsblase niemand ein neues bezahlbares Zuhause.

/// EDITORIAL

DAS MÄRCHEN VOM ZUKUNFTSPAK



Der Staatsrat hat diese Wochen von der Regierung mit großem Pomp hinterlegten „Zukunftspak“ begutachtet. Über 30 formelle Einwände hat die Hohe Körperschaft aufgeführt und somit die Kritiken der CSV der letzten Wochen bestätigt.

Der Name „Zukunftspak“ trägt. Die Maßnahmen, die die Regierung vor hat, umzusetzen haben wenig mit der Zukunft zu tun. Der Zukunftspak bittet vor allem die Gemeinden und die Bürger zur Kasse. Für die Gemeinden

bedeutet der Zukunftspak, dass sie über 100 Millionen Euro weniger zur Verfügung haben werden. Letztendlich heißt dies, dass die Gemeinden weniger für das Wohl ihrer Bürger investieren werden können und, dass es für sie immer schwieriger sein wird, ihre kommunalen Aufgaben zu bewältigen. Schlimmer noch, das Vorhaben der Regierung verschiedenen Gemeinden ohne Nuance einen Teil der Gewerbesteuer abzunehmen, beraubt diese Gemeinden ihrer Zukunft. Diese Gemeinden haben nämlich kein Interesse mehr Betriebe anzuziehen und für sie die nötigen Investitionen zu gewährleisten, was sich wiederum negativ auf die Wirtschaft auswirken wird.

Der Zukunftspak sieht außerdem noch eine Reihe von Abgaben, Gebühren und Steuern zu Lasten der Bürger vor, die in Zukunft für eine ganze Rei-

he von Verwaltungsdiensten bezahlen müssen. Man könnte über das Prinzip diskutieren, wenn diese Gebühren angemessen und vor allem dem realen Wert der betroffenen Dienste entsprechen würden. Doch die Regierung sieht in den Dienstleistungen eine sprudelnde Geldquelle um über Umwege allgemeine Kosten zu decken.

Das Gutachten des Staatsrates gibt außerdem preis wie grenzenlos unwissend die blau-rot-grüne Mannschaft in der gesetzgeberischen Technik ist. Diese Unwissenheit hat jetzt ein prominentes Opfer: den geplanten Staatsfond, Herzstück der blau-rot-grünen Politik. Die Hohe Körperschaft hat dessen konkrete Zielsetzung in Frage gestellt.

Es war einmal ein Zukunftspak...

Claude Wiseler
CSV-Fraktionspräsident

/// DREI FRAGEN AN...

... LAURENT ZEIMET, ABGEORDNETER UND GENERALSEKRETÄR DER CSV

„CSV...mat mir“: Konnte die neue Mitgliederkampagne bisher überzeugen?

Sechs Botschafter werben für das Engagement in der CSV, Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Wir haben unsere Kampagne Mitte Oktober gestartet und konnten seither über 100 neue Mitglieder aufnehmen. Vor einem Jahr konnten wir sechs neue Mitglieder pro Woche gewinnen, mit der Kampagne liegen wir bei 22 in sieben Tagen.

Die Kampagne wirkt also. Das freut uns natürlich, denn jedes Mitglied ist eine Bereicherung.



Laut Umfragen steigt das Vertrauen in die CSV wieder. Beruhigt Sie das?

Natürlich ist es angenehm wenn Umfragen positiv sind. Mich beunruhigt das allgemeine Misstrauen in die Politik. Wir haben im vergangenen Wahlkampf plakatiert „Fair & Stabil“. Viele Menschen empfinden die CSV als Stabilitätsanker. Als die Partei, die für einen fairen Ausgleich sorgt. Ich vermute einmal, dass die aktuelle Politik der Regierung als das genaue Gegen-

teil wahrgenommen wird. Gambia regiert weder fair, noch stabil.

Wie können Bürgerinnen und Bürger sich in der CSV einbringen?

Wir sind die Volkspartei Luxemburgs. Bei uns ist noch Platz für Menschen, denen das Gemeinwohl nicht gleichgültig ist, die sich für ihre Mitmenschen engagieren wollen. Wir sind dabei unsere Entscheidungswege zu überdenken, neue Foren und

Formen der Diskussion zu versuchen. Die CSV hatte immer die Kraft, sich selbst nicht zu ernst zu nehmen und das eigene Handeln in Frage zu stellen. Das tun wir auch jetzt. Und jedes neue Mitglied ist willkommen, sich an dieser Entwicklung mit seinen Ideen zu beteiligen. Seit hundert Jahren gestalten Christlich-Soziale das politische Geschehen mit, in den Gemeinden, im Land und in Europa. Dieses Erbe ist für uns eine Verpflichtung für die Zukunft.

/// AUS DER CHAMBER

EIN RÜCKBLICK...

Ja zu den großen Infrastrukturprojekten

In der Debatte zur Finanzierung der Infrastrukturprojekte begrüßte CSV-Sprecher Ali Kaes, dass die, von der CSV initiierte Politik der Modernisierung des Landes, auch von dieser Regierung fortgesetzt wird. Was die Projekte angeht, so unterstützt die CSV die Pläne die Kaserne auf dem „Härebierg“ weiter zu modernisieren und auszubauen. Die energetische Sanierung des „Hémicycle“ auf dem Kirchberg ist eine sinnvolle Investition um den Geschäfts- und Kongress-tourismus weiter auszubauen. Weitere Projekte sind u.a. die Erneuerung und der Ausbau des Gymnasiums in Bonnevoie oder das Flüchtlingszentrum in Weilerbach.

Kulturpolitik: Kein blindes Manövrieren

Die Interpellation von Fraktionspräsident Claude Wiseler zur künftigen Orientierung der Kulturpolitik, stand ebenfalls diese Woche auf dem Programm der Chamber. Kultur ist ein Bereich in dem langfristiges Denken angebracht ist. Die angekündigten Maßnahmen seitens der Regierung zeugen aber eher von Kurzsichtigkeit und Konzeptlosigkeit. Für Claude Wiseler steht außer Frage, dass auch in der Kultur gespart werden muss. Er kritisierte aber die

ziel- und wahllose Sparwut der Regierung. Für ihn ist es wichtig, das reichhaltige Kulturangebot das wir haben, zu strukturieren. Er bedauerte allerdings, dass die Regierung weit weg von jeglichem Restrukturierungsvorhaben sei.

„Spidolsplang“: Nicht den Ansprüchen gerecht!

Jean-Marie Halsdorf und Martine Mergen haben beide den vierten Spitalplan, der seitens der Regierung im Plenum vorgestellt wurde, scharf kritisiert. Dieser Plan wird den Ansprüchen keineswegs gerecht sein. Er wird außerdem eine ganze Reihe von Problemen mit sich bringen.

Sorgen um die medizinische Notversorgung unserer Kinder

In der Fragenstunde hat die CSV-Abgeordnete Nancy Arendt sich Sorgen um die medizinische Notversorgung der Kinder gemacht, da die Kinderärzte des Escher CHEM und des Ettelbrücker CHdN zum 1. Januar 2015 gekündigt haben. Weitere CSV-Themen die die Fragenstunde beherrschten waren der Spuerkeess-Erwerb des früheren Arbed-Sitzes und die Substituierung von Medikamenten. Diese Fragen wurden von Marc Lies bzw. Martine Mergen vorgetragen.

/// KONTROVERS

WEIT GEFEHLT



Der von der Gambia-Regierung geschickt vermarktete Zukunftsbeitrag von 0,5% ist eine Mogelpackung. Er belastet die Haushalte um rund 120 Millionen Euro. Vom Spitzenverdiener bis zum RMG-Bezieher. Vom Rentner bis zur alleinerziehenden Mutter. Jeder ist betroffen.

Es handelt sich nicht wie stets beteuert um einen Beitrag zum Wohle der Kinder. Es ist schlichtweg eine Steuererhöhung. Eine direkte Gegenleistung für die Gambia-Abgabe gibt es für viele Steuerzahler nicht! Nicht für den Junggesellen, nicht für die Witwe, nicht für das kinderlose Ehepaar. Nicht für den Grenzgänger. Doch sie werden alle zur Kasse gebeten.

Die „neue“ Regierungspolitik wird durch Steuern finanziert, auf Kosten der Familien und des Mittelstandes. Sieht so eine Entlastung des Mittelstandsbuckels aus?

Die Mehrwertsteuererhöhung beim Wohnungsbau ist nicht nur kontraproduktiv für den

Mietwohnungsmarkt, sie verteuert auch den Erwerb einer Erstwohnung. So kann der super-reduzierte Mehrwertsteuersatz nur noch auf einen Gesamtbetrag von 357 142 € angewendet werden, aktuell jedoch auf 416 666 €.

Somit werden die Aussagen des Finanzministers klar widerlegt, der ankündigte, dass : „Fir Leit, déi een Haus oder eng Wunneng kafen oder bauen, fir selwer dran ze wunnen, ännert sech absolut näischt.“

Wie so vieles bei Gambia in letzter Zeit ist auch die Maxime „Méi mat männer“ unglaublich unwürdig.

Gilles Roth
Abgeordneter

/// IM PORTRÄT

MAURICE BAUER, GEMEINDERAT IN LUXEMBURG-STADT



Die CSV lebt vor allem durch seine engagierten Mitglieder in den Sektionen, Bezirken oder auf nationaler Ebene. Maurice Bauer, derzeit gewähltes Mitglied im CSV-Nationalkomitee, ist einer dieser Menschen, die ohne viel Aufheben für die CSV Engagement zeigen. Er studierte Rechtswissen-

schaft an der Robert-Schuman-Universität in Straßburg und ist seit 1991 politisch aktiv. Zunächst als Mitglied der CSV-Sektion Limpertsberg, dessen Präsident er heute ist, später dann als Beisitzender in verschiedenen CSV-Vorständen. Zwischen 2000 und 2010 war er als beigeordneter Generalsekretär tätig. In dieser Zeit und auch heute noch stand er vielen Mitgliedern in sozialrechtlich und allgemein juristischen Fragen hilfreich und begleitend zur Seite. Außerdem ist er zuständig für die politische Aufarbeitung aktueller Sachfragen.

Eine wichtige Herausforderung sieht er als Präsident

der CSV-International, die für ausländische CSV-Mitglieder ein wichtiges internes und externes Sprachrohr ist, in der Integration ausländischer Bürger. Maurice Bauer, seit 2011 Mitglied im Gemeinderat der Stadt Luxemburg, versteht Politik als Einsatz am Bürger und fordert, dass Politik gestaltet und nicht verwaltet. Diese Einstellung sieht er ebenfalls in der Ausübung seines Postens als Präsident der „Maison de la Porte Ouverte“, eine gemeinnützige Einrichtung, die sich besonders um Kinder und Frauen in Notsituationen sorgt. Aktuell ist der Jurist Maurice Bauer Generalsekretär der Luxemburger Börse.



Facebook.com/csv.lu



@CSV_news

DENKFABRIK CSJ



Wie denkst DU über die Referendumsfragen? Wie stehst DU insbesondere zum Ausländerwahlrecht und zur Frage der Beziehung zwischen Staat und Religionsgemeinschaften?" Um die unterschiedlichen Meinungen der Mitglieder einzufangen und kontrovers untereinander zu diskutieren, hatte die CSJ auf einen Themenkonvent zu den vier Referendumsfragen nach Rollingen eingeladen. Anschließend referierte der Historiker Denis Scuto zudem

noch über die Entwicklungen der Nationalitätsgesetzgebung im Laufe der Geschichte Luxemburgs.

Zwar habe die CSJ in puncto Ausländerwahlrecht oder Wahlrecht ab 16 in den letzten Jahren durch Kongressresolutionen offiziell Position bezogen, doch sollte der Themenkonvent es den Mitgliedern ermöglichen, die unterschiedlichen Standpunkte noch einmal offen darzulegen, so CSJ-Präsident

Charel Hurt. Auch würden die Debatten der etwa 50 anwesenden Jugendlichen nun dem CSJ-Nationalvorstand und den Arbeitsgruppen eine wichtige inhaltliche Orientierung geben.

Die Debatten würden zeigen, dass sich vor allem die Fragen über das Ausländerwahlrecht und die Relation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften nicht auf ein einfaches „Ja“ oder „Nein“ beschränkten, sondern man darüber hinaus einige grundlegende gesellschaftliche Überlegungen einbeziehen müsse, stellte Hurt klar. Es geht darum, wie wir mit der Vielfalt unter den Einwohnern dieses Landes umzugehen gedenken. Sei es nun bei der Nationalitätszugehörigkeit oder dem religiösen Glauben. Es geht darum, unter welchen Bedingungen wir miteinander – oder nur

nebeneinander – die Zukunft dieses Landes gestalten möchten. Es geht um Fragen des Zusammenhalts und der Solidarität. Um die Gestaltung unserer Demokratie und die Rolle des Staates. Schlussendlich merkt man, dass es für viele Luxemburger auch darum geht, was genau die luxemburgische Identität bzw. die Nationalität heute ausmacht."

Angesichts dessen, sei es nicht verwunderlich, dass es augenblicklich in der Bevölkerung, in den Parteien und auch in der CSJ nicht immer einen eindeutigen Konsens gebe, betonte Hurt. Wichtig sei, dass die Debatte über die Referendumsfragen nun endlich im Land geführt werde. Und, dass sie kontrovers, aber respektvoll vonstatten gehe. Dies sei auch die Hauptbotschaft des Konvents.

JUNGLINSTER: NEUE GEMEINDERÄTIN



Als neue Gemeinderätin der Gemeinde Junglinster wurde Tessy Schlessen-Theis vereidigt. Sie ist Chemieprofessorin am Diekircher Lyzeum und Mutter von zwei Söhnen. Ein besonderes Anliegen für Tessy Schlessen-Theis sind das Soziale und Initiativen für das Dritte Alter. „Wir müssen in unserer Gemeinde ausreichend Aktivitäten für alle Bürger anbieten und darauf achten, dass die Gemeinde möglichst barrierefrei ist, um auch die Menschen mit einzubinden, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.“ Tessy Schlessen-Theis ersetzt im Gemeinderat Gilles Dimmer, der sein Mandat aus beruflichen Gründen abgegeben hat.

FUSION HOBSCHEID-SIMMERN

Mit 59,73 Prozent der Stimmen haben die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Hobscheid für die Fusion mit der Gemeinde Simmern gestimmt. Nach dem „Ja“ der Einwohner der Gemeinde Simmern am 25. Mai dürfte der Fusion zur neuen „Gemeng Habscht“ ab dem 1. Januar 2018 nichts mehr im Weg stehen. Viele CSV-Parteimitglieder haben bei den Mitbürgern Überzeugungsarbeit für die Fusion geleistet. Nun gilt es, alle Kräfte darauf zu verwenden, damit die konkreten Fusionsvorbereitungen reibungslos ablaufen.

/// BILD DER WOCHE

BERECHTIGTE SORGEN – ERNSTE FORDERUNGEN



Bauern und Winzer sorgen sich um die Zukunft ihrer Betriebe. Am Mittwoch machten sie bei einer Kundgebung auf ihre Anliegen aufmerksam. Eine starke Delegation der CSV nahm am Meeting in Ettelbrück teil und stellte damit eins klar: Die Partei nimmt die Sorgen und Anliegen der Landwirtschaft ernst. Sehr ernst.

DE SPËTTELER

NEUER OBERSTER LANDESPLANER

Nach dem Weggang vom höchsten Beamten im Landesplanungsministerium, versucht sich Außenminister Jean Asselborn heimlich, still und leise durch die Hintertür auf den vakanten Stuhl zu bugsieren. In der TV-Sendung „Anne Will“ war Asselborn denn auch gewillt seine Pläne in puncto Landesplanung zu offenbaren: er ersetzt Häuser kurzerhand durch Briefkästen. Mit dieser Maßnahme werden a) die Wohnungspreise rasant und wirkungsvoll nach unten und b) die Einwohnerzahl schnell und unkompliziert nach oben gedrückt. Wieso wohl ist bislang niemand auf diese Lösung gekommen?

GRAMEGNA DEFINIERT KNIGGE NEU

Seine Zeit im diplomatischen Dienst und als Chef der Handelskammer hat Finanzminister Gramegna wohl genutzt um die Knigge-Benimmregeln zu überarbeiten und neu zu definieren. Im Pressebriefing im Anschluss an den Regierungsrat vorige Woche hat Gramegna dann gleich die Gunst der Stunde und die Anwesenheit der versammelten Presse genutzt um eine erste Kostprobe seiner Verhaltensregeln zu geben und an einer Journalistin auszutesten. Wie so oft bei revolutionären kopernikanischen Neuerungen besteht das Risiko, dass der Gramegna'sche-Codex noch etwas Zeit braucht um sich durchzusetzen. Das Volk ist wohl noch nicht bereit!

HAUSGEMACHTER DRUCK!

Ministerin Nagel regte sich am Donnerstag während der Interpellation zur künftigen Orientierung der Kulturpolitik fürchterlich auf, sie würde sich nicht unter Druck setzen lassen durch die Tatsache, dass die Konventionen mit den Kulturorganisationen aufgekündigt wurden. Da fragt man sich welcher Unmensch wohl die Konventionen von heute auf morgen aufgelöst hat?

/// AGENDA

23.11.2014 /// 11:30

KAYL

HIERSCHTFEST

Die CSV Kayl-Tetingen lädt Sie auf ihr Herbstfest ins Vereinshaus „Um Widdem“ in Kayl ein.

25.11.2014 /// 18:30

LUXEMBURG-STADT

GESCHICHT AN ERFAHRUNG, LËTZEBUERG AN DEN 80ER JOEREN

Ehrenstaatsminister Jacques Santer informiert über eine Dekade, in der Luxemburg ein modernes Gesicht bekommen hat, eine Dekade, die er als Staats-, Finanz- und Sozialminister politisch mitgeprägt und vorher als CSV-Parteipräsident bis 1982 mit vorbereitet hat. Die Weiterbildung findet im CSV-Generalsekretariat statt. Anmeldung via Mail csv@csv.lu bis 23.11.2014.

28.11.2014 /// 20:00

ZOLWER

CABARET-OWEND „WIESELHOER“

Die CSF Sanem lädt Sie auf ihren Kabarettabend mit den „Makadammen“ in den Festsaal „Artikuss“ (Scheierhaff) ein. Eintritt 15 Euro. Anmeldung via Mail carine.reuter@education.lu

29.11.2014 /// 19:00

NOSPELT

RACLETTENOWEND

Die CSJ Kehlen lädt Sie auf ihren Racletteabend ins Kulturzentrum von Nospelt ein. Weitere Informationen auf <https://kehlen.csv.lu/>. Anmeldung via Mail lemax@pt.lu bis 26.11.2014.

Alle Aktivitäten finden Sie unter csv.lu/agenda

/// A PROPOS...

FUNKTIONIERENDER UND FAIRER SOZIALDIALOG



Das A und O der sozialen Stabilität und des wirtschaftlichen Erfolgs in Luxemburg sind ein funktionierender Sozialdialog.

Nur gemeinsam können Arbeitgeber, Arbeitnehmer und politisch Verantwortliche die großen Probleme lösen. Die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, die langfristige Sicherung der sozialen Leistungen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sind Ziele, die ausschließlich in Dialog und Konzertation erreicht werden können. Die Bedeutung von Sozialdialog und Verhandlungen, bei denen es hart zur Sache gehen kann, wo aber am Ende ein tragfähiger Kompromiss steht, kann nicht hoch

genug eingeschätzt werden. Umso mehr, wenn im internationalen Kontext der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung weiter auf sich warten lässt.

Daher kann die Regierung nicht auf das Verständnis der CSV zählen, wenn sie den Sozialdialog sträflich vernachlässigt, wie beim sogenannten „Zukunftspak“. Die Sozialpartner wurden zwar kurz vor der öffentlichen Präsentation eingeladen, aber eben nur, um informiert zu werden. Sie wurden nicht konsultiert und um eine konstruktive Mitarbeit gebeten.

Die Regierung liegt falsch, wenn sie sich gegenüber den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften taub stellt und sich deren Erfahrungen und Vorschlägen verschließt. So sollte die Regierung zum Beispiel auf die Einwände (von Gewerkschaften wie von Arbeitgeberverbänden) bezüglich der geplanten Mehrwertsteuer-Anhebung beim Bau von Zweitmwohnungen eingehen. Diese Maßnahme riskiert zur Investi-

tionsbremse zu werden und die Lage am Mietwohnungsmarkt noch weiter zu verschärfen.

Die Regierung und mit ihr die Mehrheitsparteien haben sich offensichtlich für eine dirigistische Herangehensweise entschieden; für eine Option, die im krassen Widerspruch zu den Prinzipien von Dialog und Transparenz steht, mit denen sie vor rund einem Jahr angetreten sind.

Die Degradierung der Sozialpartner zu reinen Informationsempfängern wie beim „Zukunftspak“ schwächt das Luxemburger Sozialmodell. Die CSV wird sich diesem Erosionsprozess (von Majoritätsseite bewusst oder unbewusst herbeigeführt?) mit aller Kraft widersetzen. Die CSV ist und bleibt überzeugt, dass die aktuellen und künftigen Herausforderungen nur auf der Grundlage eines funktionierenden und fairen Sozialdialogs zu lösen sind.

Marc Spautz
Parteipräsident und Abgeordneter



GRAD ELO! MEMBER GINN

Numm _____ Virnumm _____

Beruff _____

Geburtsdatum _____ Nationalitéit _____

Adress _____

PLZ _____ Uertschaft _____

E-mail _____ Tel _____

Den ____ / ____ / ____

Ze schécken un: CSV - B.P. 826 - L-2018 Lëtzebuerg /// E-mail csv@csv.lu - Tel 22 57 31 1 oder schreift Iech via Onlineformulaire an op csv.lu/member-ginn